

Dr. Alexandros Altis, Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen

Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Steigendes Durchschnittsalter, mehr Frauen in leitender Position, mehr Zeitverträge

Nach jahrelangem erheblichem Personalrückgang im öffentlichen Dienst haben der Ausbau der Kinderbetreuung und Personalzuwächse im Bildungsbereich seit 2008 wieder zu einem moderaten Anstieg der Beschäftigtenzahlen geführt. Am 30. Juni 2010 waren knapp 4,6 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den letzten zehn Jahren um 2,3 Jahre auf 44,6 Jahre gestiegen. Dies hat demografische Ursachen, aber auch der gestiegene Anteil an Altersteilzeitbeschäftigung führt zu einem längeren Verbleiben im öffentlichen Dienst. Mehr als ein Viertel der Beschäftigten ab 55 Jahren befand sich am 30. Juni 2010 in Altersteilzeit.

Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst insgesamt steigt kontinuierlich an. In Spitzenpositionen ist die Zunahme dieses Anteils in den letzten zehn Jahren gut zu beobachten.

Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag hat sich im öffentlichen Dienst zwischen 2005 und 2010 von 10 % auf 15 % erhöht. Insbesondere im Hochschulbereich und bei jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern macht sich der Trend zu mehr Zeitverträgen deutlich bemerkbar.

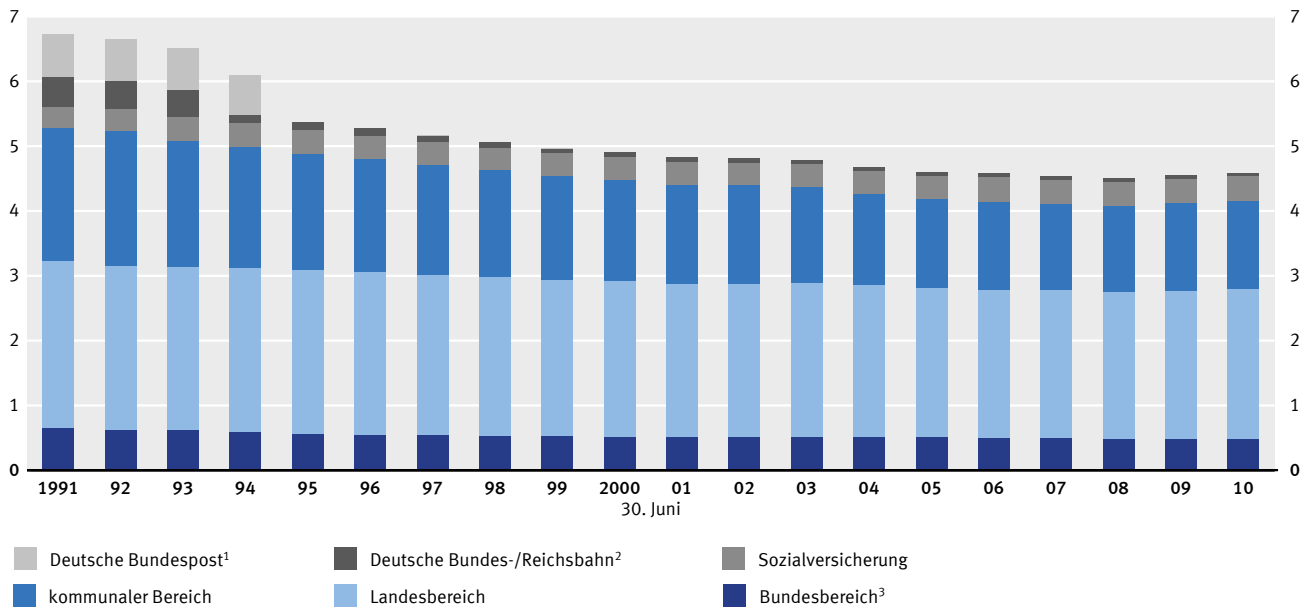
Mehr Personal an Hochschulen und für Kinderbetreuung – weniger bei der Bundeswehrverwaltung

Am 30. Juni 2010 waren nach Ergebnissen der Personalstandstatistik knapp 4,6 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Der öffentliche Dienst umfasst neben

den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) auch öffentlich-rechtliche Anstalten, Körperschaften und Stiftungen, die unter der Aufsicht von Gebietskörperschaften stehen. Nach einem jahrelangen Personalrückgang im öffentlichen Dienst kam es in den letzten beiden Jahren zu einem moderaten Anstieg der Beschäftigung (siehe Schaubild 1 auf Seite 1112). Zwischen 1991 und 2008 war die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten von über 6,7 Millionen auf 4,5 Millionen zurückgegangen. Ungefähr die Hälfte des Personalabbaus im öffentlichen Dienst ist auf die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost zurückzuführen. Umfangreiche Privatisierungen gab es darüber hinaus im kommunalen Bereich. Als Privatisierung wird hier die Umwandlung von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Einrichtungen verstanden. Häufig werden solche Rechtsformwechsel mit dem Ziel vorgenommen, die Einrichtungen ganz oder teilweise an private Eigentümer zu verkaufen. In erheblichem Umfang bleiben die privatrechtlichen Einrichtungen aber vollständig oder mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand. Auch in diesen Fällen werden die dort Beschäftigten nicht mehr zum Personal des öffentlichen Dienstes gezählt. Bei Unternehmen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung waren Mitte 2010 rund 1,06 Millionen Personen beschäftigt. Seit 2005 ist die Zahl dieser Beschäftigten kontinuierlich gestiegen. Damals waren es 900 000 Beschäftigte gewesen.

Der massive Personalrückgang resultierte insbesondere in den 1990er-Jahren außer aus den Privatisierungen auch aus dem Zwang, die Personalausstattung des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern und den dortigen Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen. Nicht zuletzt trugen auch technische Rationalisierungsprozesse einerseits und wirtschaftliche Spar-

Schaubild 1 Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen
Mill.



- 1 Ab 1995 durch Privatisierung aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.
- 2 Ab 1994 Bundeseisenbahnvermögen.
- 3 Ohne Deutsche Bundespost und ohne Deutsche Bundes-/Reichsbahn.

2011 - 01 - 0715

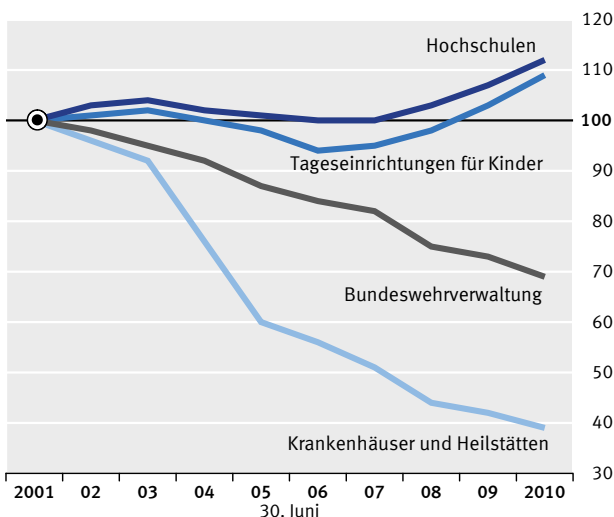
zwänge andererseits zu einem allgemeinen Beschäftigungsabbau bei.

Der Personalzuwachs der letzten beiden Jahre ist nicht auf eine generelle Trendwende zurückzuführen. Er resultiert im Wesentlichen aus dem Ausbau des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen und aus Personalzuwachsen im Bildungsbereich. In vielen anderen Bereichen wurde weiterhin Personal eingespart. Allerdings hat der Trend zur Privatisierung – der Hauptgrund für den starken Personalrückgang in früheren Jahren – nachgelassen. Insbesondere die Umwand-

lungen von öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern in privatrechtliche haben abgenommen. Zwischen den Jahren 2001 und 2008 waren Privatisierungen schwerpunktmäßig im Krankenhausbereich erfolgt (siehe Schaubild 2).

Das Bildungswesen ist der personalintensivste Bereich des öffentlichen Dienstes. In Schulen und Hochschulen arbeiteten am 30. Juni 2010 rund drei von zehn Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (siehe Schaubild 3). Zwischen 2001¹ und 2007 war die Zahl der Beschäftigten in öffentlich-rechtlichen Bildungseinrichtungen weitgehend konstant. In den letzten drei Jahren nahm das Personal an Hochschulen um 49 000 Personen oder 12 % zu. An allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stieg die Beschäftigung seit 2008 um 24 000 Personen oder 3 %. Der Ausbau der Kinderbetreuung hat bereits seit 2006 zu einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Kindertagesstätten um 21 000 (+ 15 %) geführt. Zuvor war die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Tageseinrichtungen für Kinder aufgrund von Verlagerungen von Kindertagesstätten auf freie Träger zurückgegangen. Da der größere Teil der Tageseinrichtungen für Kinder in der Hand freier Trägerschaft liegt, sind nur etwa 3 % aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Kindertagesstätten tätig. Insgesamt hatte der Bereich der sozialen Sicherung, zu dem auch die Tageseinrichtungen für Kinder zählen, am 30. Juni 2010 einen Anteil von 16 % am Personal im öffentlichen Dienst. Der Bereich Soziale Sicherung umfasst darüber hinaus vor allem die gesetzliche Kranken-, Renten-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung und weitere soziale Dienstleistungen

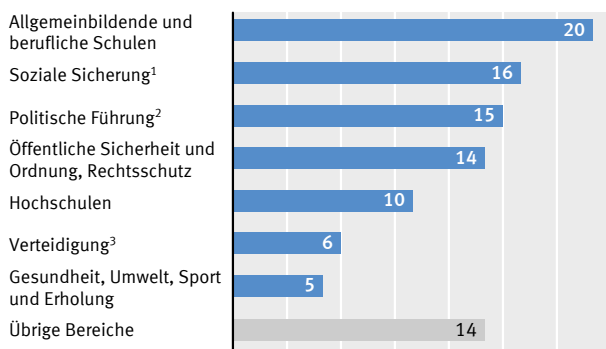
Schaubild 2 Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach ausgewählten Aufgabenbereichen
2001 = 100



2011 - 01 - 0716

¹ Zwischen den Jahren 2000 und 2001 wurde die Systematik der Aufgabenbereiche geändert, mit der Folge, dass Vergleiche mit früheren Jahren nur eingeschränkt möglich sind. Daher wird das Jahr 2001 als Basis für aufgabenbezogene Vergleiche verwendet.

Schaubild 3 Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2010 nach Aufgabenbereichen in %



1 Einschließlich gesetzlicher Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
 2 Einschließlich zentraler Verwaltung, auswärtiger Angelegenheiten, Finanzverwaltung.
 3 Einschließlich Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne Grundwehrdienstleistende.
 2011 - 01 - 0717

auf kommunaler Ebene, wie Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Pflegedienste.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich des Rechtsschutzes waren 14 % der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingesetzt. Hierunter fallen die Polizei und die Berufsfeuerwehr sowie die kommunalen Ämter für öffentliche Ordnung und das Personal bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Bei der politischen Führung und zentralen Verwaltung einschließlich der Finanzverwaltung arbeiteten 15 % aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2010. In den Bereichen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der politischen Führung sind die Personalzahlen seit 2001 stabil.

Zu größeren Personaleinsparungen kam es über einen längeren Zeitraum bei der Bundeswehrverwaltung. Dies hatte zur Folge, dass im Aufgabenbereich „Verteidigung“, bei dem sowohl die Berufs- und Zeitsoldaten beziehungsweise -soldatinnen als auch das Personal der Bundeswehrverwaltung nachgewiesen werden, 2010 knapp 40 000 Personen weniger arbeiteten als 2001. An allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hatte dieser Aufgabenbereich 2010 einen Anteil von 6 %, am Personal des Bundesbereichs einen von rund 52 %.

Wegen der verbreiteten Überführung von kommunalen Krankenhäusern in eine private Rechtsform waren im Bereich Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung am 30. Juni 2010 nur noch 5 % der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

tätig. Im Jahr 2001 waren es noch 9 % gewesen. Bei Krankenhäusern und Heilstätten kam es zwischen 2001 und 2010 zu einem Personalrückgang um 194 000 Beschäftigte (- 61 %).

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland fallen personalintensive Aufgaben wie das Bildungswesen sowie der überwiegende Teil der Polizei in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer. Dementsprechend ist mehr als die Hälfte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Landesbereich tätig. Dabei umfasst der Landesbereich neben den Kernhaushalten der Länder und deren rechtlich unselbstständigen Sonderrechnungen (zum Beispiel Landesbetriebe) auch die rechtlich selbstständigen Körperschaften und Anstalten, die unter Aufsicht der Länder stehen und deren Aufgaben wahrnehmen. Bei letzteren handelt es sich überwiegend um Hochschulen, die in den letzten Jahren in größerem Umfang rechtlich verselbstständigt wurden. Nicht zum Landesbereich werden Einrichtungen gezählt, die in den Flächenländern kommunale Aufgaben wahrnehmen, und Sozialversicherungsträger, die teilweise auch unter Aufsicht der Länder stehen.

Im kommunalen Bereich waren am 30. Juni 2010 30 % des Personals im öffentlichen Dienst beschäftigt. Hier verteilt sich das Personal auf sehr viele Aufgaben und Einrichtungen. Neben der Sozialen Sicherung einschließlich der Tageseinrichtungen für Kinder handelt es sich insbesondere um Krankenhäuser, Ordnungsämter, Kultureinrichtungen, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe und Ämter der allgemeinen Verwaltung. Der kommunale Bereich umfasst neben den Gemeinden auch die Gemeindeverbände sowie die Zweckverbände und andere rechtlich selbstständige öffentlich-rechtliche Einrichtungen mit kommunalen Aufgaben.

Einrichtungen des Bundesbereichs waren am 30. Juni 2010 nur für rund 12 % der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tätig. Mehr als die Hälfte dieser Beschäftigten war im Aufgabenbereich Landesverteidigung tätig. Danach waren die Bundespolizei und die Finanzverwaltung die nächstgrößten Arbeitgeber im Bundesbereich. Bei den Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit waren 8 % des Personals des öffentlichen Dienstes tätig.

Für den öffentlichen Dienst sind neben den tarifvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnissen die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse typisch. Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind in speziellen Gesetzen geregelt. Das Grundgesetz schreibt diese Dienstverhältnisse für Tätigkeiten im Rahmen der Hoheitsverwaltung im Grundsatz vor. In der Leistungsverwaltung können die Mitarbeiterinnen

Tabelle 1 Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2010 nach Art des Beschäftigungsverhältnisses und Beschäftigungsbereich

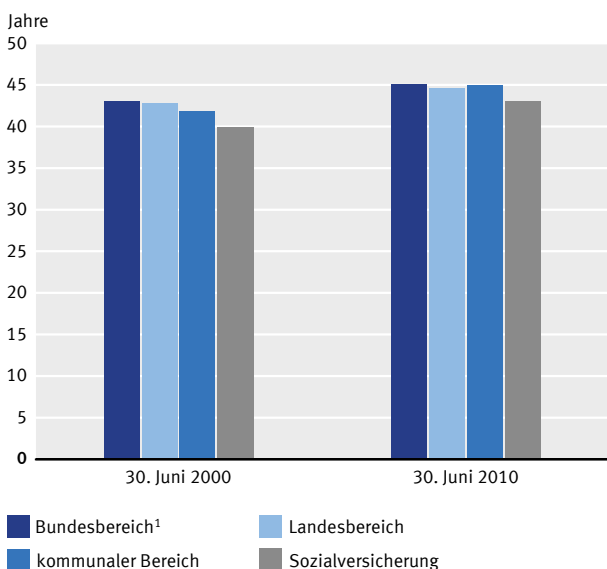
	Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen		Arbeitnehmer/-innen		Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen		Insgesamt	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bundesbereich	183	34	162	30	186	35	530	100
Landesbereich	1 283	55	1 035	45	-	0	2 318	100
Kommunaler Bereich	186	14	1 169	86	-	0	1 355	100
Sozialversicherung	36	9	347	91	-	0	383	100
Insgesamt ...	1 687	37	2 713	59	186	4	4 586	100

und Mitarbeiter in ein Beamtenverhältnis berufen werden, wenn dies aus Gründen der Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens vom Dienstherrn für notwendig erachtet wird. Von den 4,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren 2010 rund 1,9 Millionen oder 41 % in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt (siehe Tabelle 1). Die meisten von ihnen (1,7 Millionen Beschäftigte) sind während ihrer bisherigen Laufbahn in ein Beamtenverhältnis berufen worden, rund 186 000 waren Berufs- und Zeitsoldaten oder -soldatinnen und 22 000 waren Richter beziehungsweise Richterinnen. Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst finden seit 2001 ganz überwiegend bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern statt. Die Privatisierungen, die den Personalrückgang zwischen 2001 und 2008 schwerpunktmäßig verursacht haben, betrafen fast ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deren Zahl ging im genannten Zeitraum um 321 000 Personen zurück. Die Personalverstärkungen der letzten beiden Jahre ließ die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes um 65 000 steigen.

Steigendes Durchschnittsalter in allen Beschäftigungsbereichen

Das Durchschnittsalter² der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes lag im Juni 2010 bei 44,6 Jahren. Im Jahr 2000

Schaubild 4 Durchschnittsalter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach Beschäftigungsbereichen



1 Ohne Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen und ohne Bundeseisenbahnvermögen.
2011 - 01 - 0718

2 Es handelt sich um das durchschnittliche Lebensalter, wobei das Lebensalter durch Abrunden des exakten Alters auf volle Jahre ermittelt wird. Bei den Altersbetrachtungen in diesem Abschnitt sind Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen (Durchschnittsalter: 30,4 Jahre) sowie das Bundeseisenbahnvermögen mit den bei der Deutschen Bahn AG eingesetzten Beamtinnen und Beamten (Durchschnittsalter: 51,7 Jahre) aufgrund verzerrender Effekte ausgenommen.

hatte es noch bei 42,3 Jahren gelegen; seitdem ist es in allen Beschäftigungsbereichen kontinuierlich gestiegen (siehe Schaubild 4). Am ältesten waren am 30. Juni 2010 die Beschäftigten im Bundesbereich (45,1 Jahre) und im kommunalen Bereich (45,0 Jahre), dicht gefolgt von denen im Landesbereich mit 44,6 Jahren. Das Personal der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit war mit 43,0 Jahren im Durchschnitt etwas jünger. Gründe für das steigende Durchschnittsalter sind:

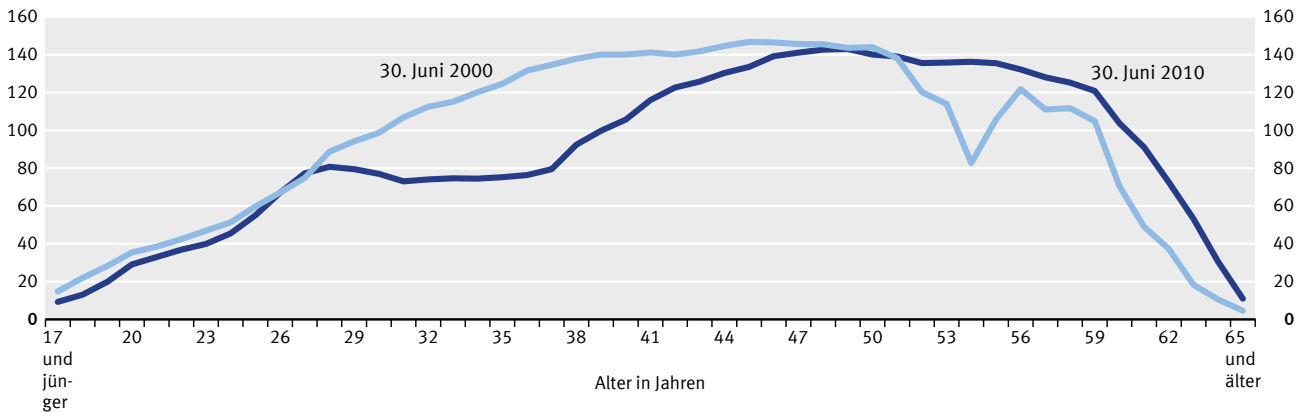
- › demografische Effekte, die aus dem Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland resultieren;
- › die vermehrte Inanspruchnahme von Altersteilzeit (siehe unten);
- › der Rückgang der Zahl der Pensionierungen von Beamtinnen und Beamten wegen Dienstunfähigkeit und der Bedeutungsgewinn der Regelaltersgrenze³;
- › Privatisierungen in Bereichen mit relativ jungem Personal, zum Beispiel von Krankenhäusern im kommunalen Bereich.

Am 30. Juni 2010 waren rund 22 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst jünger als 35 Jahre und 23 % waren 55 Jahre und älter. Zehn Jahre zuvor hatten die entsprechenden Anteile noch 26 % beziehungsweise 16 % betragen. Schaubild 5 veranschaulicht die gesamte Altersstruktur in den Jahren 2000 und 2010. Im Jahr 2000 erkennt man beim Alter von 54 Jahren noch deutlich den Geburtenausfall nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser findet sich auch im Altersaufbau der Gesamtbevölkerung. Die geburtenstarken Jahrgänge zwischen Mitte der 1950er- und Anfang der 1970er-Jahre mit Personen, die zurzeit 40 Jahre und älter sind, spiegeln sich auch bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wider. Hinzu kommen starke Jahrgänge von Lehrerinnen und Lehrern im Alter von etwa 55 Jahren und älter. Infolge des Geburtenbooms ergab sich seinerzeit ein hoher Bedarf an Lehrkräften, der durch vermehrte Einstellungen im Schuldienst gedeckt wurde. Außerdem führten Änderungen in der Bildungspolitik zu tendenziell höheren Schulabschlüssen der Schülerinnen und Schüler und zu kleineren Klassen. Dies steigerte ebenfalls den Bedarf an Lehrkräften. Der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte spiegelt sich ebenfalls in der Altersstruktur im öffentlichen Dienst wider. Die Zahlen der unter 40-jährigen Beschäftigten sind in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Der in Schaubild 5 erkennbare Einbruch der Beschäftigtenzahlen im Alter zwischen 30 und knapp 40 Jahren wird zudem durch Beurlaubungen, zum Beispiel aufgrund von Elternzeit, verstärkt. Zusammenfassend kann man sagen, dass viele Ursachen für die derzeitige Altersstruktur und für das steigende Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst demografischer Natur sind.

Ein Vergleich mit der Altersstruktur aller rund 27,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ist in Schaubild 6 dargestellt. Der Anteil von sozialver-

3 Siehe Altis, A.: „Entwicklungen im Bereich der Beamtenversorgung“ in WiSta 2/2011, Seite 164 ff.

Schaubild 5 Altersstruktur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
1 000



Ohne Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen und ohne Bundeseisenbahnvermögen.

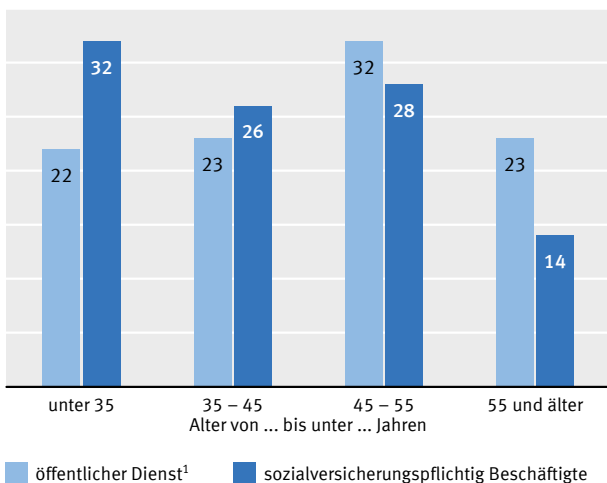
2011 - 01 - 0719

sicherungspflichtig Beschäftigten unter 35 Jahren liegt bei rund 32% und damit um fast 11 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab 55 Jahren liegt bei rund 14%. Das sind rund 9 Prozentpunkte weniger als im öffentlichen Dienst. Diese Unterschiede können unter anderem durch den hohen Akademikeranteil im öffentlichen Dienst erklärt werden. Durch den späteren Berufseinstieg ergibt sich ein niedrigerer Anteil junger Beschäftigter. Der wesentlich höhere Anteil der über 55-jährigen lässt sich zum einen mit den bereits erwähnten Besonderheiten in der Altersstruktur von Lehrerinnen und Lehrern erklären. Daneben könnte aber auch die unterschiedliche Qualifikationsstruktur eine Rolle spielen, da höher qualifizierte Beschäftigte in der Regel später in den Ruhestand eintreten (siehe Fußnote 3).

Mehr als ein Viertel der über 55-jährigen Beschäftigten ist in Altersteilzeit

Rund 28% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die das 55. Lebensjahr vollendet hatten, befanden sich am 30. Juni 2010 in Altersteilzeit. Der Anstieg von sowohl Zahl als auch Anteil der Beschäftigten in Altersteilzeit in den Jahren 2000 bis 2004 ist hauptsächlich durch die zunehmende Inanspruchnahme von Altersteilzeit bedingt (siehe Schaubild 7). Der darauf folgende zahlenmäßige Anstieg bis auf rund 290 000 Personen im Jahr 2010 hat hingegen eher demografische Ursachen. So waren Mitte 2010 rund 1,02 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst 55 Jahre oder älter gegenüber 774 000 im Jahr 2004. Der Anteil der Altersteilzeitbeschäftigten an allen über 55-Jährigen blieb in den Jahren 2004 bis 2010 mit durchschnittlich rund 28% nahezu konstant.

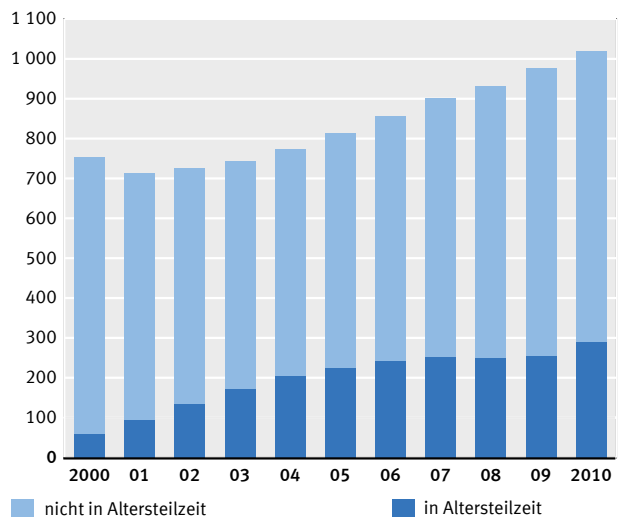
Schaubild 6 Altersstruktur des Personals im öffentlichen Dienst und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2010
in %



1 Ohne Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen und ohne Bundeseisenbahnvermögen.

2011 - 01 - 0720

Schaubild 7 Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Alter von 55 Jahren und älter nach Umfang der Beschäftigung
1 000



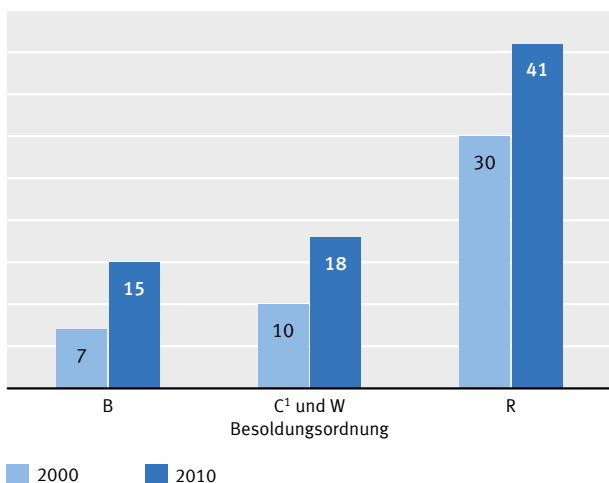
2011 - 01 - 0721

Anhand der Personalstandstatistik lässt sich auch das von den Beschäftigten gewählte Altersteilzeitmodell bestimmen. Beim Blockmodell arbeiten die Beschäftigten in der Arbeitsphase mit ihrer vollen Arbeitszeit, um ihr Arbeitszeitkonto für die anschließende Freistellungsphase aufzufüllen. Rund 270 000 Beschäftigte haben sich für das Blockmodell entschieden (Stand: 30. Juni 2010). Das entspricht rund 93 % aller Beschäftigten in Altersteilzeit. Nur gut 20 000 (7 %) nutzten das Teilzeitmodell, das einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglicht. Dabei wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Von den 270 000 Beschäftigten, die das Blockmodell nutzten, standen Mitte 2010 gut 160 000 ihrem Arbeitgeber noch in vollem Umfang zur Verfügung; rund 110 000 Beschäftigte befanden sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit und waren damit aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Die in Schaubild 5 deutlich erkennbare Zunahme der Zahl der über 60-Jährigen 2010 im Vergleich zum Jahr 2000 ist zum größten Teil auf mehr Altersteilzeitbeschäftigte in der Freistellungsphase zurückzuführen. Hinzu kommt der bereits erwähnte Rückgang der Zahl der Pensionierungen von Beamtinnen und Beamten wegen Dienstunfähigkeit und der damit zusammenhängende Bedeutungsgewinn der Regelaltersgrenze.

Mehr Frauen in leitender Position

Der Anteil der Frauen in „leitender Position“ im öffentlichen Dienst ist in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Eine exakte Definition einer „leitenden Position“ kann und soll hier nicht gegeben werden. Da die Personalstandstatistik keine Angaben über die Funktion der Beschäftigten enthält, werden im Folgenden Frauenanteile nur für ausgewählte Besoldungsgruppen dargestellt. In der Besoldungsordnung B, nach der ausschließlich höhere Führungsebenen bezahlt werden, lag der Frauenanteil in den zugehörigen Besoldungsgruppen B1 bis B11 am 30. Juni 2000 bei 7%. Mit

Schaubild 8 Entwicklung des Frauenanteils nach ausgewählten Besoldungsordnungen
in %



1 Ohne Besoldungsgruppe C1.

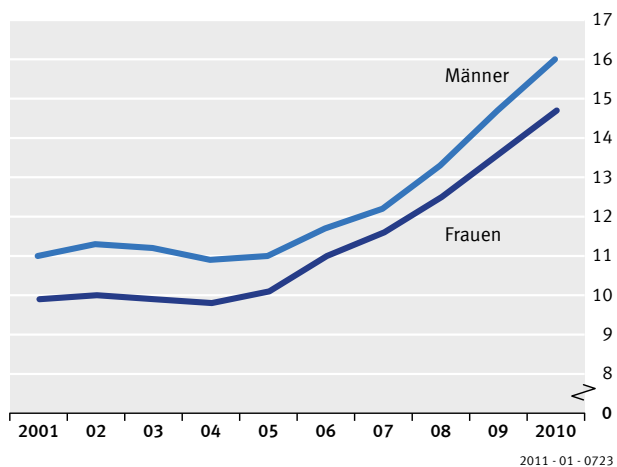
2011 - 01 - 0722

rund 15 % hatte er sich bis Mitte 2010 mehr als verdoppelt (siehe Schaubild 8). In den Besoldungsordnungen C und W (Professuren einschließlich Juniorprofessuren; ohne Besoldungsgruppe C1) stieg der Frauenanteil an den Beschäftigten von 10% im Jahr 2000 auf 18% im Jahr 2010. Dabei waren rund 38% der Juniorprofessuren 2010 von Frauen besetzt. Bei Richter- und Staatsanwaltpositionen (Besoldungsgruppen R1 bis R10) nahm der Frauenanteil in zehn Jahren von 30% im Jahr 2000 auf 41% im Jahr 2010 zu. Insgesamt betrug der Frauenanteil im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2010 rund 54 % (2000: 51 %).

Bedeutung der Zeitverträge in den letzten fünf Jahren angestiegen

Am 30. Juni 2010 waren mit 399 000 Beschäftigten insgesamt 15% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst befristet beschäftigt. Während die Zeitvertragsquote in den Jahren 2001 bis 2005 etwa 10% betragen hatte, stieg sie in den Folgejahren kontinuierlich an (siehe Schaubild 9). Von dem Anstieg waren alle Auf-

Schaubild 9 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst mit Zeitverträgen
Anteile in %



2011 - 01 - 0723

gabenbereiche betroffen. Die mit Abstand höchste Quote an Zeitverträgen wurde im Bereich der Hochschulen festgestellt. Hier arbeiteten 2010 rund 45% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Der Personalzuwachs der letzten beiden Jahre ging nicht mit einer Zunahme unbefristeter Stellen einher, sondern in vollem Umfang mit einem Anstieg der Zahl der Zeitverträge. Zudem lag die Zeitvertragsquote von Männern im öffentlichen Dienst in allen Jahren etwa 1 bis 2 Prozentpunkte über derjenigen von Frauen. Das liegt hauptsächlich am Bereich der Hochschulen, in dem deutlich mehr Männer als Frauen befristet beschäftigt sind. Bei den unter 35-Jährigen hat sich die entsprechende Quote in knapp zehn Jahren nahezu verdoppelt: Sie stieg von 20% im Jahr 2001 auf rund 38% Mitte 2010. Somit starten junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst zunehmend mit einem Zeitvertrag ins Berufsleben. [uu](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Brigitte Reimann (verantwortlich für den Inhalt)

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.